

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Freitag, 19. Dezember 1952

Blatt 2154

## Autobus-Nachtverkehr zu Weihnachten

=====

19. Dezember (RK) In der Weihnachtswoche wird in den Nächten von Mittwoch, den 24., auf Donnerstag, den 25. Dezember, von Donnerstag, den 25., auf Freitag, den 26. Dezember, und von Freitag, den 26., auf Samstag, den 27. Dezember, ein Autobus-Nachtverkehr wie an Samstagen geführt.

## Leichter Rückgang der Christbaumpreise

=====

19. Dezember (RK) Die zuwartende Haltung der Käufer hat zwar die Stabilität der Preise auf den Christbaumständen bis jetzt noch nicht wesentlich erschüttert, dennoch werden aus einigen Bezirken bereits Preisherabsetzungen gemeldet. Im 10. Bezirk zum Beispiel, wo die Weihnachtsbäume seit gestern um 5 bis 10 Schilling billiger angeboten werden, verzeichneten die Händler bessere Umsätze. In den letzten drei Tagen wurden wieder rund 40.000 Weihnachtsbäume nach Wien geliefert, womit der Bedarf Wiens voll gedeckt sein dürfte.

## Landesgesetzblatt für Wien

=====

19. Dezember (RK) Das am 19. Dezember erschienene 12. Stück des "Landesgesetzblatt für Wien" enthält drei Verordnungen und zwar Änderung der Verordnung über den Pflanzenschutz im Obstbau, Neufestsetzung des Einheitssatzes der Kanaleinmündungsgebühr und Gebühr für die Überprüfung eines Gutachtens bei der Vieh- und Fleischschau.

Das Blatt ist um 70 Groschen im Drucksortenverlag des Rathauses und in der Österreichischen Staatsdruckerei Wien 3., Rennweg 12a, erhältlich.

Die Budgetverhandlungen im Wiener GemeinderatBaubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten

19. Dezember (RK) Heute um 9 Uhr früh hat der Wiener Gemeinderat unter Vorsitz von Bürgermeister Jonas seine Beratungen über den Voranschlag 1953 fortgesetzt.

Stadtrat Bauer (ÖVP) referiert über die Geschäftsgruppe Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Als besonders bedeutsames Ereignis müsse die nun abgeschlossene Arbeit der Kommission zur Vorberatung von Entwürfen von Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen bezeichnet werden, die ihre Vorschläge und Entwürfe für eine Stadtplanung in einem großen Werk niedergelegt habe. Es wird nun Aufgabe der nächsten Jahre sein, diese Grundlagen und Vorschläge im einzelnen zu prüfen und zu verwirklichen. Hierzu wird auch die Schaffung von einheitlichen gesetzlichen Bestimmungen notwendig sein, die allen modernen Anforderungen des Bauens und des Siedlungswesens Rechnung tragen. Es wurden bereits vom Städtebund diesbezügliche Vorschläge gemacht. Schon jetzt müßten die Bemühungen um Gründe und Liegenschaften für einen großzügigen Aufbau unserer Stadt verstärkt werden. Die Enteignung bedeutet hier vielleicht nicht die große Möglichkeit für den Erwerb von Gründen. Die Gewinnung brachliegender Werte müßte etwa durch Vertiefung des Interesses der Bevölkerung für die Planungsaufgaben der Stadtverwaltung erreicht werden. Gegen angemessene Entschädigung würde bei genügender Aufklärung ein Großteil der Grundbesitzer dieser Stadt bereit sein, ihre Grundstücke der Stadt anzubieten. Besondere Aufmerksamkeit müßte auch der Schaffung einer Müllverbrennungsanlage für die Beseitigung des Hauskehrichts zugewendet werden. Wien stehe somit bald vor der Tatsache, für eine Müllablagerung keine entsprechenden Plätze mehr zu besitzen. Es müßten im Budget Beträge veranschlagt werden, die Vorarbeiten für die Verwirklichung einer derartigen für Wien so notwendigen Anlage ermöglichen.

Die Ansätze des ordentlichen Voranschlages für diese Geschäftsgruppe betragen auf der Einnahmenseite 102,028.600 Schilling, denen Ausgaben in der Höhe von 171,737.100 Schilling gegen-

überstehen. Dies bedeutet auf der Einnahmenseite eine Vermehrung um 4,9 Millionen, der eine Vergrößerung der Ausgaben um 10 Millionen im Vergleich zum Vorjahr gegenübersteht. Die größten Einnahmeposten sind wie in jedem Jahr die Friedhöfe mit 23,1 Millionen, der städtische Fuhrpark mit 36,8 Millionen, die Straßenpflege und Kehrlichabfuhr mit 30,2 Millionen Schilling. Die Ausgaben für Friedhöfe belaufen sich auf 23,2 Millionen, für den städtischen Fuhrpark betragen sie 45,6 Millionen und für die Straßenpflege 87,4 Millionen Schilling.

Die Abteilung Statik hat die Überprüfung von 1.700 statischen Berechnungen nur durch weitgehende Heranziehung von Ziviltechnikern bewältigen können. Die Zahl der von der Prüfstelle für Baustoffe erledigten Prüfanträge stieg gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent, die der Einzelbestimmungen um 30 Prozent. Hervorzuheben ist ferner die Einführung von Vorträgen über Betonkontrolle und praktische Unterweisung in der Benützung der Kontrollgeräte, die außer der üblichen Kontrolle die Prüfung von Werk-, Bau- und Hilfsstoffen, auch Boden und Wasseruntersuchungen umfaßten. Entwicklungsversuche für Kunststeinstufen, Bodenbelastungsversuche für Straßenneubauten und den Hohlbau, Versuche mit Hohlblocksteinen und verschiedenen Fußbodenbelagen haben das Ansehen der Wiener städtischen Prüf- und Versuchsanstalt international gefestigt. Die Ansätze der städtischen Prüf- und Versuchsanstalt zeigen gegenüber den geplanten Ausgaben eine Plus von über 600.000 Schilling, das durch Prüftaxen hereingebracht werden wird. Es wäre unverantwortlich, hier an der wissenschaftlichen Forschung, die auf alle Fälle der Gemeinde selbst zugute kommt, sparen zu wollen.

Ein sehr großes Arbeitspensum hatte die Baupolizei zu bewältigen. Die Zahl der Geschäftestücke dieser Gruppe betrug rund 160.000 Stück. Sie erteilte in 6.000 Fällen und außerdem für 375 Gemeindebauten die Baubewilligung und war bei 300 Bundes- und Eisenbahnbauten mit der Durchführung des vorgeschriebenen Verfahrens beschäftigt. In der Zahl dieser Baubewilligungen sind 1.400 inbegriffen, die private Neubauten betreffen.

Durch die von privater Seite aufgeführten Neubauten wurden im vergangenen Jahr 1.433 Wohnungen der Benützung zugeführt. Vom Verein der Freunde des Wohnungseigentums wurden in Wien 60 Häuser mit 1.483 Wohnungen und 161 Lokalen errichtet, bezwa. sind sie noch im Bau und werden anfangs des kommenden Jahres fertig. Bedeutend ist trotz eines leichten Rückganges gegenüber den Vorjahren noch immer die Zahl der eingereichten Projekte für Wohnhauswiederaufbauten nach Kriegsschäden. In 515 Fällen war die Baupolizei gezwungen Räumungen von Wohnungen wegen Baufälligkeit zu veranlassen. Der ungeheure Aufgabenkreis der Baupolizei mußte trotz einer starken Verringerung des Personalstandes bewältigt werden. Hier wären Neuaufnahmen dringend notwendig.

Auch die Friedhofsverwaltung hatte große Probleme zu lösen. Im Wiener Zentralfriedhof, der über 3 Millionen Tote beherbergt, mußte durch ein weiteres Begräbnisfeld von 380.000 m<sup>2</sup> Platz zur Aufnahme eines Großteiles der jährlich rund 21.000 stattfindenden Begräbnisse geschaffen werden. Auf 15 städtischen Friedhöfen wird ein großer Ausbau durchgeführt und insgesamt 845.000 m<sup>2</sup> Flächen neu geplant und ausgearbeitet werden müssen. Die größte Erweiterung um 150.000 m<sup>2</sup> wird der Südwestfriedhof erfahren. Der Neustifter Friedhof wird um 120.000 m<sup>2</sup> vergrößert werden. Es ist nicht beabsichtigt, derzeit eine Sperrung von Friedhöfen durchzuführen, sondern lediglich in einzelnen Vorortefriedhöfen die Neuvergebung von heimgefallenen Gräbern nicht mehr vorzunehmen. Eine Beilegung in schon vorhandene und noch nicht voll ausgenützte Grabstellen ist jederzeit möglich. Es geht auch nicht an, daß Personen, die nicht vollbelegte Gräber besitzen, neue Grabstellen erwerben, ohne die vorhandenen auszunützen oder auf sie zu verzichten. In langwierigen Verhandlungen gelang es, den Entwurf einer Friedhofsordnung an Stelle der aus dem Jahre 1920 stammenden Begräbnis- und Gräberordnung für Wien fertigzustellen, der den heutigen Verhältnissen entspricht. Es wurden auf allen Friedhöfen über 21.000 Beerdigungen und rund 3000 Einäscherungen und Urnenbeisetzungen vorgenommen. 4.500 m<sup>2</sup> neue Wege und Straßen wurden angelegt und 11.800 m<sup>2</sup> instandgesetzt. Bäume wurden gepflanzt und geschnitten und 12.000 m<sup>3</sup> Mist und Abfälle weggeführt. 250 m Friedhofsmauern wurden neu aufgeführt und 1.400 m sonstige Einfriedungen neu errichtet.

Auch die Wiederaufbauarbeiten an der während der letzten Kriegswochen vollständig zerstörten Kuppel der Dr. Karl Lueger-Gedächtniskirche auf dem Zentralfriedhof wurden beendet. Eine neue Ehrengräberanlage auf dem Zentralfriedhof für den verstorbenen Bundespräsidenten Dr. Karl Renner wurde gleichfalls errichtet. Für die Gefallenen des zweiten Weltkrieges ist die Errichtung eines Kriegerdenkmals auf dem Zentralfriedhof geplant, nur müsse die Frage der Aufbringung der hierfür notwendigen Mittel von 200.000 bis 300.000 Schilling noch gelöst werden. Geplant ist die Schaffung von neuen Hauptfriedhöfen, das sind Friedhöfe, in denen jedermann ein gemeinsames oder eigenes Grab in laufender Reihe bekommen muß. Wahlfriedhöfe dagegen sind Friedhöfe, die nach freier Wahl gemietet werden können. Ortsfriedhöfe sind im allgemeinen die Friedhöfe in den Randgemeinden, die nur für deren Bewohner als Hauptfriedhöfe, für alle übrigen als Wahlfriedhöfe gelten. Derzeit gibt es zwei Hauptfriedhöfe, und zwar den Zentralfriedhof und den Stammersdorfer Zentralfriedhof. Nun ist geplant, den Asperner Friedhof als dritten Hauptfriedhof zu erklären. Der vierte soll der Liesinger Friedhof werden.

Die Zentralwäscherei hat durch verschiedene betriebliche Verbesserungen ihre durchschnittliche Monatsleistung im Jahre 1952 von 293.000 Kilo auf 308.000 Kilo erhöht.

Die Abteilung für Technische Verkehrsangelegenheiten hat an den Beratungen über ein neues Straßenpolizeigesetz teilgenommen sowie an der Neuplanung des Pratersternes u.a. mitgeholfen. Der Abteilung obliegt auch die Beschaffung von Verkehrsschildern, Schutzanlagen, Straßentafeln und Lichtanlagen. In Wien stehen wieder mehr als 5.000 Verkehrsschilder. Die Zahl der geprüften Fahrzeuge wird in diesem Jahr nahezu 8.000 ausmachen. Fast 20.000 Prüfungen für den Führerschein wurden abgehalten. Bei Überprüfung der Fahrzeuge achtet die Abteilung besonders auf die vorgeschriebenen Anlagen zur Vermeidung übermäßiger Lärmentwicklung.

Fuhrpark, Straßenpflege und Kehrichtabfuhr: Der städtische Fuhrpark umfaßt derzeit 252 Lastkraftwagen mit 33 Anhängern, 173 Sonderfahrzeuge mit 77 Anhängern, 61 Personenwagen und 41 Motorrädern. Auf seine Wirtschaftlichkeit wird besonders zu achten sein. Während 1951 in der Hauptwerkstätte 18 Generalreparaturen und 944 größere Reparaturen durchgeführt wurden, waren es 37 Generalreparaturen und 1.060 andere Reparaturen im Jahre 1952. Für die Straßenpflege wurden 1952 drei neue Wasch- und Sprengwagen und drei Kehrmaschinen beschafft. 1953 sollen für die Reinigung der Märkte und Radfahrwege eine kleine Kehrmaschine sowie zwei Sprengwagen beschafft werden, die auch als Schneepflugfahrzeuge Verwendung finden. Auch die Anschaffung eines Schlammsaugers für Kanalschächte ist vorgesehen. Für den Winterdienst wurde die Zahl der Räumgeräte nicht unwesentlich vermehrt. Für das nächste Jahr ist ein Betrag von 590.000 Schilling für die Verbesserung von Schneeräumgeräten vorgesehen. Die Hauskehrichtabfuhr wird im kommenden Jahr zwei neue Großbraunmüllwagen und zwei Berg-Müllwagen anschaffen.

Das Stadtforstamt wird heuer ungefähr 35.000 Festmeter Holz geschlagen haben. Von der Forstverwaltung Stixenstein wurden 202.000 Pflanzen, im Natwäld 340.000 und in Wildalpen 30.000 Pflanzen versetzt. Vorwiegend wurden Fichten-, daneben Kiefer-, Buche- und Ahornsetzlinge verwendet.

StR.Bauer wies besonders darauf hin, daß die Besatzungs-nacht trotz allen Vorstellungen bei den Kommandanturen jagt und fischt. Die Jagdschäden machen sich in erster Linie in den Wienerwaldforsten besonders auch in der Lobau bemerkbar. Trotz aller Hege und Schonung können keine Fasane gehalten werden. Hasen sind nur wenige und Rehe überhaupt nicht zu finden. In der Schwarzau werden jährlich bis 60.000 Forellenbrütlinge ausgesetzt; trotzdem ist der Fischstand durch dauerndes Fischen mit Handgranaten, Chlorkalk und dergleichen nicht hochzubringen. StR.Bauer ersuchte den Bürgermeister nochmals bei den Besatzungsmächten vorzusprechen, um dieser Schädigung Einhalt zu bieten.

Besonderes Augenmerk wendet die Forstverwaltung der Ver-hinderung der Flugsandbildung im 23. Bezirk zu. Es wurde alles darangesetzt, um die drohende Versteppung durch Aufforstungen abzuhalten.

In Zusammenarbeit mit den Ortsvorstehungen in Himberg, Enzersfeld und Ebergassing wurden 33 Hektar mit 66.000 Pfl nzen aufgeforstet. In Rauchenwarth, Himberg und Gerasdorf wurden ferner auf einer Fläche von 20 Hektar 117.000 Pflanzen gesetzt.

Zum Abschluß seines Berichtes dankte Stadtrat Bauer allen Beamten und Angestellten dieser Verwaltungsgruppe. (Beifall.) Er appellierte an sie, auch in Zukunft den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen und mit Einsatz aller Kräfte zum Wohle unserer Heimatstadt zu arbeiten. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Gleichenfeier in der "Schwarzen Haide"  
=====

19. Dezember (RK) Heute nachmittag fand im alten Draschepark an der Triester Straße die Gleiche einer weiteren Strecke der Liesingbachregulierung - des Bauloses "Schwarze Haide" - statt. Mit der Fertigstellung dieses Bauvorhabens wurde die Stadtverwaltung ein großes Sorgenkind los. Der hohe Grundwasserstand in diesem Siedlungsgebiet hat dazu geführt, daß die Keller unzähliger Objekte nach jedem starken Regenfall überschwemmt wurden. Bei Hochwasserkatastrophen mußten die Bewohner dieses Teiles von Inzersdorf unermeßliche Leiden erdulden.

Bezirksvorsteher Radfux dankte anläßlich der heutigen Gleichenfeier namens der Inzersdorfer für die Fertigstellung dieses Bauloses. Mit der Zählung des widerspenstigen Liesingbaches in diesem Gebiet dürfen endlich die Bewohner von rund 240 Häusern aufatmen. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß nun der Mittellauf des Liesingbaches seiner baldigen Fertigstellung entgegen sieht.

Die Gesamtkosten des 1 Kilometer langen Bauloses, in dessen Bereich auch zwei neue Brücken errichtet wurden, wird 4,8 Millionen Schilling betragen. Für 60 Prozent der Baukosten wird die Stadt Wien aufkommen.

Die städtischen Bäder in der Weihnachtswoche  
=====

19. Dezember (RK) Dienstag, den 23. Dezember, sind die städtischen Wann-, Dampf- und Brause(Volks-)bäder von 13 bis 19 Uhr, die Schwimmhallen und die Kurabteilung des Amalienbades von 9 bis 19 Uhr geöffnet. Mittwoch, den 24. Dezember, sind sämtliche Bäder von 9 bis 17 Uhr in Betrieb.

Donnerstag, den 25., und Freitag, den 26. Dezember, bleiben die Bäder geschlossen. Samstag, den 27., und Sonntag, den 28. Dezember, sind sie zu den normalen Betriebszeiten geöffnet.

Schostakowitsch im Konservatorium der Stadt Wien  
=====

19. Dezember (RK) Der ~~berühmteste~~ zeitgenössische russische Komponist D.D. Schostakowitsch, dessen Werke sich auch in Österreich seit dem Ende der Zwanzigerjahre außerordentlicher Beachtung erfreuen, stattete gestern abends dem Konservatorium der Stadt Wien in Begleitung des estnischen Komponisten Eugen Kapp einen längeren Besuch ab. Schostakowitsch, der von Regierungsrat Lustig-Prean und einer großen Zahl der Professoren herzlich begrüßt wurde, gewährte einen Einblick in seine neuesten Schöpfungen, die er auch durch Vorführungen am Klavier illustrierte. In einer regen Wechselrede wurden Fragen der Musik und der Musikerziehung Rußlands, Estlands und Österreichs besprochen.



Debatte über die Verwaltungsgruppe VII

GR. Ing. Haider (WdU) richtet an den Amtsführenden Stadtrat das Ersuchen, der Müllverbrennung ein entsprechendes Augenmerk zuzuwenden, da ansonsten sehr viele Stoffe verlorengehen, die zur Regeneration der Böden dringend gebraucht werden.

Die Zustände auf den Friedhöfen, besonders auf dem Zentralfriedhof, seien äußerst unerfreulich. Der wachsende Unmut der Bevölkerung sei vor allem auf die unzureichende Beaufsichtigung der Friedhöfe zurückzuführen. Die Gerüchte über eine Neufestsetzung der Laufzeit der Eigengräber hätten zu einer **großen** Beunruhigung in der Bevölkerung geführt.

Der Amtsführende Stadtrat möge sein besonderes Augenmerk auf die Betreuung der Kriegsgräber lenken, da diese zum Teil noch sehr vernachlässigt seien.

Die zuständige Magistratsabteilung solle an die Verkehrsabteilung der Polizeidirektion mit dem Ersuchen herantreten, daß auf den Fußgängerverkehr mehr Rücksicht genommen wird. Es müsse anerkannt werden, daß die Verkehrsposten auf alte und gebrechliche Menschen und auf Mütter mit Kindern Rücksicht nehmen, im allgemeinen sei aber zu sagen, daß das Passieren von Straßenkreuzungen eine rein sportliche Angelegenheit und ein Wettrennspiel sei.

Auf dem Gebiete der Straßenpflege gebe es noch viele unerfüllte Wünsche. Vor allem müsse bei der Schneesäuberung die unterschiedliche Behandlung privater und öffentlicher Anrainer bemängelt werden.

Die Fraktion der Unabhängigen sei über die Ausführungen des Referenten über die Baupolizei schwer enttäuscht. Die von den Unabhängigen im Vorjahr vorgebrachten Anregungen seien vollkommen unberücksichtigt geblieben. Es zeige dies von einem Mangel an gutem Willen, und deshalb seien die Unabhängigen nicht in der Lage, den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe zuzustimmen.

GR. Dr. Matejka (LBl.) weist darauf hin, daß der Personalstand bei der Baupolizei viel zu gering sei. Es sei ein unmöglicher Zustand, daß bei Urlauben oder Erkrankungen gesetzlich vorgeschriebene Fristen nicht eingehalten werden können.

Man müsse sich dagegen wenden, daß beim Wettbewerb für

den Bau einer Sporthalle unter 400 Bewerbern schließlich vor allem die Spitzen der Berufskörperschaften berücksichtigt wurden, wie beispielsweise der Präsident der Zentralvereinigung der Architekten, der frühere Präsident dieser Vereinigung und der Präsident der Architektenkammer.

Wenn auf dem Gebiete der Baupolizei geordnete Verhältnisse bestehen würden, hätte beispielsweise das Problem des Heinrichshofes schon längst gelöst werden können. Der Redner tritt dafür ein, eine moderne Lösung anzustreben und den Platz freizulassen. Da erst im nächsten Frühjahr mit dem Bau begonnen werden soll, wäre es noch möglich, etwa durch die Einberufung einer Enquete zu einer entsprechenden Lösung zu kommen.

Der Redner stellt den Antrag, den Hausbesorgern für die eigentlich der Gemeinde Wien zustehende Reinigung der Gehsteige eine monatliche Entschädigung von 2 Schilling pro Quadratmeter zu gewähren. Im Zusammenhang mit den Stadtforsten verweist er auf die Notwendigkeit, der Versteppung und Verkarstung entgegenzuwirken. Auf dem Gebiete der Friedhöfe lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Gräbergruppe der 595 vom Naziterror in den Jahren 1942 bis 1945 Justifizierten und fordert eine würdige Gestaltung und Betreuung dieser Gräber.

Seine Ausführungen beschließt Dr. Matejka mit einer Replik auf die gestrigen Ausführungen der Stadträte Weinberger und Thaller, wobei er im allgemeinen auf den Krieg und im besonderen auf die Bemühungen des "Völkerkongresses für den Frieden" zu sprechen kommt.

Er erklärt, der Linksblock werde auch den Ansätzen dieser Gruppe nicht zustimmen.

Ing. Lust (ÖVP) stellt eine Reihe von Forderungen, wie er betont, unter dem Aspekt der Gerechtigkeit, der Wirtschaftlichkeit und der unabdingbaren verwaltungstechnischen Notwendigkeiten.

Die Organisation der Baudirektion entspreche dem Stande und den Erfordernissen der Technik nicht mehr. Daher verlangt er die Reorganisation der Baudirektion, wohl unter einer einheitlichen <sup>technischen</sup> Führung, aber mit geteilten Aufgabengebieten und mit geteilter Verantwortung nach den großen Sparten im Bauwesen gegliedert, wobei die Baupolizei eine Sonderstellung einnehmen

solle. Der Baupolizei sollten jene Abteilungen angeschlossen werden, die durch ihre Aufgabengebiete zum Teil die Voraussetzung, zum Teil eine notwendige Ergänzung darstellen, so die Magistratsabteilungen 18, 19 und 41.

Des weiteren müsse rechtzeitig für die nötige Anzahl von geschulten Kräften für sämtliche Bauabteilungen gesorgt und ebenso rechtzeitig Ziviltechniker in den großen technischen Apparat des Bauwesens eingegliedert werden. Die nötigen Mittel hierfür müßten sofort bewilligt werden. Eine gemeinderätliche Kommission solle in Zusammenarbeit mit allen interessierten Stellen eine Novellierung der Wiener Bauordnung entsprechend den modernen Erkenntnissen vorbereiten. Der Redner stellt die Forderung, daß sich eine gemeinderätliche Kommission mit der Gründung eines Assanierungsfonds beschäftigen sollte. Dieser hätte die Aufgabe, an Stelle des abbruchreifen Hausbesitzes den Bau von Kleinwohnhäusern durch Gewährung von zinsfreien Krediten mit einer zweiprozentigen Rückzahlungsquote zu ermöglichen. GR. Ing. Lust fordert auch die zweckmäßige Erhaltung des Wald- und Wiesengürtels, die Freihaltung der Höhenstraße von Verbauungen, ferner bei der Widmung von Dauerkleingartenanlagen sinnvoll vorzugehen, um nicht durch Fehlwidmungen kostbaren Bau- und Siedlungsgrund zu verlieren. Auch eine Novellierung des Kanaleinmündungsgebühren-Gesetzes müsse vorgenommen werden unter Berücksichtigung der Bauklasse und Bauweise. Für die Abstattung der Gebühr soll auch die Möglichkeit der Ratenzahlung auf lange Frist geschaffen werden.

GR. Ing. Lust spricht von der dringenden Notwendigkeit der Einstellung eines Physikers und eines Leiters für das mechanisch-technische Laboratorium, für dessen Inventaranschaffungen leider auch keine Mittel veranschlagt wurden. Bei der Stadtvermessung habe er den dringenden Wunsch, die Vermessung des Raumes von Wien mit Hilfe des Bundesvermessungsamtes stärker zu forcieren und genaue Grundlagen für einen neuen Stadtplan zu schaffen. Als erfreulich sei die Neuordnung in der Friedhofsordnung und die Wiederherstellung der kriegsbeschädigten Dr. Karl Lueger-Kirche zu bezeichnen, ebenso die Modernisierung des Straßenreinigungswesens. Die Forderung nach Schaffung einer Müllverbrennungsanlage bezeichnet der Redner als besonders dringend.

Der Redner weist sodann auf die gegenüber 1938 enorme Steigerung des städtischen Fuhrparks hin. Er verlangt, daß der Abverkauf aller Kraftfahrzeuge alter Typen in erhöhtem Maße fortgesetzt wird. Der Fuhrpark soll auf ein absolutes Minimum gesenkt und Arbeitsaufträge an private Fuhrwerker vergeben werden. Die im Budget vorgesehenen Investitionsmittel sollen nur zum Ankauf von Sonderfahrzeugen für die Straßenreinigung verwendet werden. Es ließe sich auch bei den Ansätzen für den städtischen Fuhrpark eine Reihe von Streichungen vornehmen. Die Gemeinde Wien mache durch ihre Schottertransporte sogar der Eisenbahn Konkurrenz und nicht nur wie bei den Sand-, Ziegel- und sonstigen Baumaterialtransporten den privaten Fachunternehmen.

Auch das Verkehrsproblem bedürfe einer dringenden Lösung. Der Schaffung der notwendigen Lichtsignalanlagen müßte große Aufmerksamkeit zugewendet werden. Durch Verkehrssicherheit wird viel Geld erspart. Leider ist die Dotierung auf diesem Sektor viel zu gering.

GR. Ing. Lust, spricht allen Bediensteten dieser Geschäftsgruppe, die verantwortungsbewußt und mit voller Hingabe ihre Pflicht erfüllt haben, namens seiner Fraktion Dank und Anerkennung aus. (Beifall bei der ÖVP.) An den Wiener Gemeinderat richtet er den dringenden Appell, er möge sich nicht den Forderungen der Zeit verschließen und bei der Lösung dieser wichtigen und dringenden Probleme nicht kleinlich und engherzig sein und alle parteipolitischen Interessen zum Wohle der Stadtinteressen zurückstellen. Seine Fraktion erteilt den Ansätzen dieses Budgetkapitels die Zustimmung.

GR. Pleyl (SPÖ) gibt einige Anregungen zu dieser Verwaltungsgruppe. Es wird Aufgabe der Baupolizei sein, in Zukunft dafür zu sorgen, daß sie den Bestimmungen der Bauordnung gerecht wird und bei einsturzgefährdeten Wohnungen darauf sieht, daß die Instandsetzung durchgeführt wird. Wohnungen, die aus sanitären Gründen geräumt werden, sollen gesperrt bleiben, damit nicht andere Menschen eingewiesen werden. Vielleicht kann man solche Räume als Magazine verwenden. Es ist erfreulich, daß Baubewilligungen für Kioske im Stadtinneren nicht mehr erteilt werden, leider wächst jedoch nun die Zahl der Verkaufsstände; besonders bei der Oper und auf dem Praterstern. Was die Ernte-

landfrage betrifft, so sei es klar, daß ein einem Zweck zur Verfügung gestelltes Grundstück nicht immer so wie in Notzeiten benützt werden kann.

Der Redner ersucht auch um schnellere Durchführung der Baubewilligungen.

Die Verhältnisse auf den Friedhöfen haben sich wesentlich gebessert; vor allem sind die Wege instandgesetzt worden. Der Redner regt an, mehr Platz für Abfälle zu schaffen, damit die Verunreinigungen zwischen den Gräberreihen verschwinden. Er verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß die Gemeinde Wien die Gräber der Justifizierten im Zentralfriedhof vernachlässigte. Er tritt auch für eine Förderung der Feuerbestattung durch die Gemeinde Wien ein, weil dadurch viel Platz gespart werden kann.

Bei der Besprechung der technischen Verkehrsangelegenheiten gibt GR. Pleyl die Anregung, mehr als bisher dafür zu sorgen, daß die Straßenbenennungstafeln besonders in den Randgebieten in Ordnung gehalten werden.

Er unterstreicht die Notwendigkeit des städtischen Fuhrparks und hofft, daß im kommenden Jahr unwirtschaftliche Fahrzeuge verkauft und neue angeschafft werden.

Zur Straßenpflege stellt er das Ersuchen, in den Randbezirken die Straßen wegen der Staubplage zu ölen.

Auch bei der Kehrichtabfuhr bringt er eine Anregung vor, die staubfreie Müllabfuhr auch in den Randgemeinden durchzuführen, wo der Müll noch mit offenen Lastwagen abtransportiert wird. Zu den Stadtforsten sagt der Redner, es wäre zu begrüßen, wenn man die Verwaltung der städtischen Forste wieder mit den Wasserwerken vereinigen könnte.

Abschließend dankte er allen Beamten und Arbeitern der Geschäftsgruppe im Namen seiner Fraktion für die geleistete Arbeit. (Beifall bei der SPÖ.)

In seinem Schlußwort weist Stadtrat Bauer darauf hin, daß die Beaufsichtigung gerade am Zentralfriedhof keineswegs so mangelhaft ist, wie es GR. Haider dargestellt habe. Gerade auf diesem Gebiete konnte in letzter Zeit vieles verbessert werden. Erfreulicherweise kommt es wegen der besseren Rohstofflage nicht mehr zu Devastierungen von Gräbern. Im übrigen werde schon in

nächster Zeit Gelegenheit sein, ausführlich darüber zu sprechen, da beabsichtigt sei, die Friedhofsordnung zu novellieren. Auch bezüglich der Kriegsgräber, die angeblich vernachlässigt wären, werden alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die gerügten Übelstände abzustellen.

Gewiß seien die Klagen über die Verkehrsverhältnisse zum Teil berechtigt. Es werde aber nicht möglich sein, ohne eine Änderung der Einstellung der Bevölkerung zum Verkehr die Verkehrsmisere zu beseitigen. Hier muß noch eine große Erziehungsaufgabe geleistet werden.

Es sei richtig, daß die Baupolizei einen zu geringen Personalstand aufweise. Es werde aber schwer sein, hier eine Änderung herbeizuführen, solange Techniker und Architekten in der Privatwirtschaft wesentlich besser bezahlt werden als bei der Gemeinde.

Die Schwierigkeiten bei der Stadtplanung liegen vor allem darin, daß hier von den verschiedenen Seiten ganz unterschiedliche Auffassungen vorgebracht werden. Man muß dann zu Lösungen greifen, die Aussicht haben, überhaupt durchgeführt zu werden. Außerdem müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel vorhanden sein, um die Projekte in die Tat umzusetzen.

Bezüglich der Ausführungen des GR.Matejka über die Neugestaltung des Heinrichshofes erklärt der Referent, daß es ihm unvorstellbar erscheine, gegenüber der Oper eine riesige Baulücke offen zu lassen. Außerdem würde der Ankauf dieses Grundes eine enorme Summe verschlingen.

GR.Matejka möge seinen Einfluß bei der seiner Partei nahestehenden Besatzungsmacht dahingehend geltend machen, zu erreichen, daß das Jagd- und Forstpersonal der Stadt Wien von dem Verbot des Waffentragens befreit wird. Diese brauchen die Waffen ja vor allen zur Bekämpfung von Raubwild.

(GR.Dr.Soswinski: Gehen Sie zu Ihrer Besatzungsmacht!) Dieses Verbot gilt nur in Wien, Niederösterreich und Burgenland. In allen anderen Bundesländern sind diese für ein freies Volk beschämenden Bestimmungen schon aufgehoben!

Zur Frage der Demolierung von Althäusern sei zu sagen: In einer Zeit, in der es nicht möglich ist, die dringendsten Fälle von Wohnungssuchenden unterzubringen, muß von der Baupolizei ein besonders strenger Maßstab angelegt werden, um Objekte, die noch bewohnbar zu machen sind, vor der Demolierung zu schützen.

Die Magistratsabteilung habe sich bereits eingehend mit einer Modernisierung des städtischen Fuhrparkes befaßt. Hierbei wird zu überlegen sein, inwieweit und in welchem Ausmaß die Gemeinde in Hinkunft überhaupt Fuhrwerke in Eigenregie beistellen soll. Bevor man an eine Modernisierung des Fuhrparkes schreitet, wird man sich überlegen müssen, was man zweckmäßigerweise durch gemeindeeigene Fuhrwerke besorgen läßt und was man besser der Privatwirtschaft übergeben soll.

Dem GR. Pleyl antwortet der Stadtrat, daß die Zahl der Kioske und Verkaufsstände an bestimmten Stellen der Stadt vor allem deshalb wachse, weil diese Stände wegen Straßenumbauten und dergleichen von ihrem ursprünglichen Standort verlegt werden müssen.

Die Schnelligkeit bei der Durchführung von Baubewilligungen und der Verständigung der Bauwerber hänge mit dem Personalmangel zusammen.

Die Kehrriechtabfuhr auf den Friedhöfen bedeute eine besondere Schwierigkeit, doch werde auf diesem Gebiet das Mögliche getan.

Der Wunsch, die Makadamstraßen zu ölen, werde im bebauten Stadtgebiet nicht überall erfüllt werden können, wo es aber geht, werde geölt werden.

Die Kehrriechtabfuhr in den Randgemeinden staubfrei zu machen, werde nicht leicht sein, da nicht genügend Wibro-Wagen vorhanden sind und die langen Koloniazüge in den engen Straßen der Randgemeinden Schwierigkeiten beim Verkehr, besonders beim Umkehren hätten.

Der Anregung, die Verwaltung der städtischen Forste mit den Wasserwerken zu vereinigen, könnte ebensogut der Wunsch entgegengehalten werden, die Wasserwerke den städtischen Forsten anzugliedern. Im übrigen habe es etwas für sich, beide Betriebe zusammenzulegen.

Bei der Abstimmung stimmt der Gemeinderat den Ansätzen des ordentlichen und des außerordentlichen Voranschlages dieser Verwaltungsgruppe gegen die Stimmen der WdU und des Linksblocks ohne Abänderung zu. Der Antrag Dr. Matejka, betreffend Entlohnung der Hausbesorger für die Reinigung der Gehsteige wird abgelehnt.

Das Wohnungswesen

=====

Zur Behandlung gelangt nunmehr die Verwaltungsgruppe VIII: Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen.

Stadtrat Koci (SPÖ) umgrenzt das Aufgabengebiet seiner Verwaltungsgruppe dahin: 1. die den Bestimmungen des Wohnungsanforderungsgesetzes unterliegenden und durch Lösung von Mietrechten anfallenden Wohnungen, ferner die freiwerdenden Wohnungen in Gemeindebauten und durch Neubauten der Gemeinde geschaffenen Raum nach der Bedürftigkeit zu vergeben, und 2. die im Eigentum der Stadt Wien stehenden Häuser zu verwalten.

Gegenüber wiederholt falsch angegebenen Zahlen über den Personalstand in dieser Verwaltungsgruppe teilt er mit, daß im Wohnungsamt insgesamt 327 Personen beschäftigt sind, davon nur 48 in der sogenannten Anforderungsgruppe. Bei der Wohnhäuserverwaltung sind 195 Personen beschäftigt. Zusammen also 522 Personen. Dazu kommen noch 440 Hauswarte und Hausarbeiter, die jedoch mit dem Wohnungsamt nichts zu tun haben.

Am 1.12.1952 gab es in der Klasse I der Wohnungssuchenden 31.387 Fälle, das sind um 1.818 weniger als zu Beginn dieses Jahres; in der Klasse II 23.550 Fälle, das sind um 3.356 mehr als zu Beginn dieses Jahres.

Die Zahl der besonders dringenden Fälle in der Klasse I, der Notstandsfälle, ist seit Beginn des Jahres um 117 auf 11.465 Fälle am 1.12.1952 gestiegen. In der Berichtszeit sind rund 10.000 solcher Fälle zugewachsen, jedoch durch Zuweisung 6.389 Familien untergebracht worden.

Leider muß festgestellt werden, daß die Zahl der Familien, die noch in einsturzgefährdeten Wohnungen untergebracht sind, trotz Zuweisung von 515 Familien im Jahre 1952 ständig steigt. Zu den am 1.1.1952 in Evidenz geführten 184 Fällen sind in der Berichtszeit 660 neue Fälle dazugekommen. Am 1.12.1952 gab es noch immer 329 Familien in einsturzgefährdeten Wohnungen. Die Ursache liegt darin, daß in der Nachkriegszeit die Schäden an den Privathäusern von den Hauseigentümern nicht behoben werden konnten und immer größer werden.



Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau die Häuser mit kleineren und mittleren Schäden bei den Fondsmittelzuteilung zurückstellt und vorerst die Kosten für jene Häuser bewilligt, die ganz gebombt sind; dies deshalb weil auf vielen dieser Baugründe Wohnungseigentum begründet wurde. Andererseits aber gibt es eine große Anzahl von Häusern, wo Einsturzgefahr besteht und eine Instandsetzung mit verhältnismäßig geringen Mitteln möglich wäre, eine Genehmigung der Fondsmittel jedoch bisher nicht erfolgte. Das Wohnungsamt hatte in diesem Jahr eine Anzahl von Familien aus solchen Häusern, da Gefahr in Verzug war, abzusiedeln. Wenn dann die Fondsmittel zugeteilt sind, ist ein Teil der gefährdetsten Bewohner durch die Gemeinde schon untergebracht, und es ist leider so, daß jene Familien, die in eine Neubauwohnung eingewiesen wurden, auf das ihnen im Wiederaufbaugesetz gesicherte Optionsrecht verzichten. Dadurch haben die Hauseigentümer beziehungsweise deren Verwaltungen die Möglichkeit, auch hier zu verdienen. Bei Häusern, wo Wohnungseigentum begründet wurde, hat die Gemeinde in vielen Fällen nur für die Unterbringung gefährdeter Mieter zu sorgen, auf die Besiedlung aber keinen Einfluß. Unter 931 Fällen von Wohnungseigentum, die auf die Bedürftigkeit der Benutzer vor dem Bezuge geprüft wurden, gab es nur 48 ausgebombte Familien. (Hört! Hört!-Rufe bei der SPÖ.) Deshalb bedeutet Wohnungseigentum keine Linderung der Wohnungsnot, keine Hilfe für die wohnbedürftigen Familien und keine Unterstützung bei den der Gemeinde gestellten Aufgaben.

Große Sorge bereitet das Problem der Bewohner der städtischen Herbergen. In den durch die Gruppe Gesundheitswesen verwalteten zehn städtischen Herbergen befinden sich gegenwärtig 750 Familien mit 2.707 Personen. Im Durchgangslager Auhof sind 169 Familien mit 508 Personen untergebracht, im Flüchtlingslager Auhof sind 97 nichtösterreichische Familien mit zusammen 292 Personen. Dabei wurden in der Berichtszeit 311 Familien mit 991 Personen aus den Herbergen und dem Auhoflager in Wohnungen eingewiesen.

Leider haben die Insassen des Lagers Auhof 38 Privatwohnungen und 18 Neubauwohnungen bei Zuweisung abgelehnt. Die Gemeindeverwaltung werde sich bemühen, die Zahl der Herbergen ständig zu vermindern.

In die auf Grund des Wohnungsanforderungsgesetzes gemeldeten Privatwohnungen wurden 6.640 Familien, in Gemeindewohnungen 5.946 Familien eingewiesen. Die Zahl der zugewiesenen Gemeindewohnungen ist etwas geringer als im Vorjahr, da augenblicklich noch eine größere Zahl vergeben wird. Ungeheure Arbeit verursache die Erledigung des Posteinlaufes. Er betrug für die gesamte Geschäftsgruppe in der Zeit vom 1.1.1952 bis 30.11.1952 129.592 Post- und 178.349 Aktenstücke. Die Bevölkerung müsse daher **dafür Verständnis** haben, daß eine Beantwortung dieses ungeheuren Einlaufes bei der viel zu geringen Zahl von Beamten nicht möglich ist.

Die Verwaltung der städtischen Wohn- und Amtsgebäude verwaltet 583 Wohnhausbauten oder Siedlungen und 950 Althäuser oder sonstige Objekte mit zusammen 90.538 Wohnungen. Der Zugang des Jahres 1952 durch die Errichtung von Neubauten betrug 5.204 Wohnungen, durch Wiederaufbau 437. Außerdem werden von dieser Stelle noch 3.589 Baurechtssiedlungen und 999 Siedlungen auf städtischen Pachtgrundflächen verwaltet. 1.713 Neubauwohnungen sind bereits mit hauseigenen Gasdurchlauferhitzern und mit Brauseeinrichtungen ausgestattet.

Der Althäuserverwaltung obliegt die Betreuung von 116 Amtshäusern und 43 verschiedenen Objekten.

Zur Erhaltung des Bauzustandes der gemeindeeigenen Häuser wurden im Jahre 1952 insgesamt 66,570.000 Schilling aufgewendet. In dem Betrag ist die Behebung von größeren Kriegsschäden nicht enthalten.

Die Kleingartenbewegung umfaßt 27.830 Kleingartenlose. Als Kredit für den Verband der Kleingärtner und Siedler sind 100.000 Schilling veranschlagt und erstmalig für den Siedlerverband gleichfalls 100.000 Schilling. Bei den Ernteländlern, die nun schon lange nicht mehr als "Notstandsgärtner" bezeichnet werden können, war auch im Jahre 1952 ein Absinken zu bemerken. Es bestehen derzeit noch 9.200 Erntelandparzellen. Es ist aber zu hoffen, daß diese Aktion im nächsten Jahr aufgelöst wird.

Die Erntelandbesitzer sollen nach Möglichkeit in Gebieten abgesiedelt werden, wo die Gemeinde Wien Dauerkleingartenanlagen schafft.

Dem Möbelreferat obliegt außer der Verwaltung der in das Eigentum der Stadt Wien übergegangenen NS-Möbel die Überprüfung der Ansuchen um Gewährung von Hausratsdarlehen. Zur Erledigung müssen diese Ansuchen jedoch dem Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau vorgelegt werden. Von den bisher 20.234 bearbeiteten Ansuchen mit einer Gesamtdarlehenssumme von 125,5 Millionen Schilling wurden durch das Ministerium 8.484 Ansuchen mit einer Summe von 51,8 Millionen Schilling erledigt.

Stadtrat Koci spricht sodann von der bedauerlichen Tatsache, daß die Besatzungsmächte noch immer eine große Zahl von Wohnungen, Häusern und sonstigen Objekten, wie Schulen, Spitäler, Kaffees und Restaurants beschlagnahmt haben. Mit Befriedigung könne die verhältnismäßig umfangreiche Freigabeaktion der britischen Besatzungsmacht verzeichnet werden, die heuer 165 Wohnungen und 65 Objekte verschiedener Art freigegeben hat. Die amerikanische Besatzungsmacht hat 73 Objekte, die französische 34 und die sowjetische 26 freigegeben. Insgesamt sind von allen vier Besatzungsmächten zusammen noch 2.821 Wohnungen und Objekte in den Bezirken 1 bis 26 beschlagnahmt; davon von den Amerikanern 594, Engländern 61, Franzosen 349 und dem Sowjetischen Element 1.817. Außer dieser großen Zahl von Beschlagnahmen sind in der sowjetischen Zone Wiens noch immer 875 Wohnungen, 1 Wohnhaus und 174 Untermieten der Verfügungsgewalt der österreichischen Behörden dadurch entzogen, daß wohl die militärische Beschlagnahme durch die Besatzungsmacht aufgehoben wurde, jedoch über deren Befehl sowohl Zivilpersonen wie auch ganze Organisationen bei völliger Ignorierung der österreichischen gesetzlichen Bestimmungen dorthin eingewiesen wurden. Es muß die dringende Bitte an die Besatzungsmächte gerichtet werden, das Los der so schwer geprägten Stadt und der davon betroffenen Familien auf diesem Gebiet zu lindern und die Wohnungen freizugeben.

Abschließend dankt Stadtrat Koci allen im Wohnungsamt Bediensteten für die pflichttreue Erfüllung ihres schweren Dienstes und bittet auch, diese allgemein anzuerkennen. (Beifall bei der SPÖ.) Er könne im Namen aller Beamten des Wohnungsamtes der Öffentlichkeit versprechen, alles zu tun, um den bedürftigsten Familien im Rahmen des vorhandenen Wohnraumes zu helfen. Er bittet die Schwierigkeiten zu verstehen und den Ansätzen zuzustimmen. (Beifall bei der SPÖ.)

### Die Debatte über das Wohnungswesen

Ing. Haider (WdU) sagt, auch heute müsse er feststellen, daß das Wohnungsamt das unpopulärste Amt der Stadt Wien ist; und ganz unschuldig ist die Verwaltungsgruppe VIII nicht an dieser Tatsache. Der Redner erinnert daran, daß er schon einmal vorgeschlagen habe, zur Vereinfachung des schleppenden Aktenlaufes den Mietschein einzuführen. Er bringt auch Klagen über barsches und geradezu rüdes Verhalten von Beamten vor.

Ausführlich spricht der Redner über die Zuteilung der Wohnungen und wendet sich gegen Bevorzugungen. Es mutet einem eigenartig an, wenn bei Eröffnungsfeiern von Wohnbauten nur sozialistische Fahnen von den Fenstern zu sehen sind. (Zwischenruf bei den Sozialisten: Wir sind ja die Mehrheit!) Ja, aber die Mehrheit ist nicht Ausschließlichkeit! Halten Sie sich vor Augen, daß die Wiener Sozialistische Partei dies nicht notwendig hätte.

Der Redner erinnert auch an eine Anfrage der WdU, ob es richtig sei, daß in die neuen Wohnungen vielfach Leute eingewiesen werden, die nur ihre frühere Wohnung gerne gegen eine andere schönere eintauschen wollten. Die Antwort lautete, daß die Zuweisung ausschließlich auf Grund der Bedürftigkeit erfolge. Man habe das gern zur Kenntnis genommen. Was müsse man sich aber denken, wenn man bestimmte Nachrichten hat, das im 4. Bezirk ein Funktionär eine gute Privatwohnung gegen eine neue Gemeindewohnung eingetauscht hat. Und da wundern Sie sich, schloß GR. Haider, wenn eine derartige Stimmung in der Bevölkerung gegenüber dem Wohnungsamt herrscht.

Betreffend die Möbelzuweisungen verlangt der Redner, daß nicht immer neues Unrecht auf diesem Gebiet geschieht. Man soll die noch ausstehenden Ansprüche der Naziopfer befriedigen, aber

dann solle endlich Ruhe sein. Zur Illustration für das Unrecht, das auf diesem Gebiet geschehen ist, erwähnt Ing. Haider einen Fall, wo einem Mann, der kein Nazi war, die Möbel weggeführt und von der Gemeinde Wien im Dorotheum versteigert wurden. Nach jahrelangen Bemühungen des Betreffenden wurde ihm nur ein Schadenersatz glatt verweigert.

Der Redner stellt dann noch einige Detailfragen an den Amtsführenden Stadtrat und sagt zum Schlusse, die Unabhängigen könnten dem Budget der Verwaltungsgruppe VIII nicht zustimmen, weil sie bei ihren Versuchen einer gerechten Lösung in der Nazifrage auf gar kein Verständnis stoßen.

GR. Hausner (LBl.) vertritt die Ansicht, daß ein Wohnbauprogramm nicht von den politischen Bedürfnissen bestimmt werden darf sondern nur von der Notwendigkeit, und erklärt, daß die Zahl der Wohnungssuchenden immer mehr ansteige. Es sei begreiflich, daß bei einem Wohnungsdefizit von 150.000 Wohnungen das von der Gemeinde Wien bisher durchgeführte Programm die Wohnungsnot in absehbarer Zeit nicht beheben könne. Dazu komme noch, daß gegenüber der Praxis in der ersten Republik die auf dem privaten Sektor anfallenden Wohnungen der Gemeinde praktisch nicht zur Verfügung stehen. Diese Wohnungen wurden in ihrer Mehrheit nicht nach dem Grad der Bedürftigkeit vergeben, sondern entscheidend war einzig und allein das Geld. Damit seien den Wohnungssuchenden in einem Jahr rund 14 Millionen entzogen worden.

Was die Zinspolitik anlange, können die Hauseigentümer heute ein vielfaches der alten Zinse einheben, sie finden aber immer Mittel und Wege, ihren Verpflichtungen, mit diesen Geldern die Häuser zu modernisieren, auszuweichen. Dadurch werden die Häuser immer schlechter, den Mietern aber wurde eine Belastung auferlegt. Für diese Politik müsse einzig und allein die Sozialistische Partei verantwortlich gemacht werden.

Schließlich stehen auch die Aufbauwohnungen, die Paragraph 3-Wohnungen, und die sogenannten Eigentumswohnungen hauptsächlich wieder nur jenen Parteien zur Verfügung, die über genügend Geld verfügen.

Hier wäre es Aufgabe der Sozialistischen Partei gewesen, einen Gesetzesantrag einzubringen, damit die Ausbeutung endlich einmal beendet werde. Der Linksblock habe eine Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes gefordert, statt dessen sei es wieder nur verlängert worden.

Aber auch die Mieter in den Gemeindehäusern müssen nicht weniger auf der Hut sein gegenüber den Forderungen der Gemeindeverwaltung. Denn auch hier sei es möglich, daß sie übers Ohr gehauen werden. Es gereiche der Gemeinde nicht zur Ehre, wenn sie in die Fußstapfen der privaten Hausherren trete und versuche, bei den Mietern ungerechtfertigte Zinse einzukassieren.

Die Bitte des Justizministers an die Gerichte, während der Wintermonate Delogierungen zu unterlassen, sei eine sehr billige Geste und soll die Bevölkerung darüber hinwegtäuschen, daß keine der Mehrheitsparteien bereit sei, die von der Delogierung Betroffenen wirklich zu schützen.

Das Wohnungsamt steht bei der Bevölkerung deshalb in keinem guten Ruf, weil die Wohnungen weniger von den Beamten des Wohnungsamtes als vielmehr von den politischen Parteisekretären vergeben werden, wobei die Protektion maßgebend ist. Das weiß die Bevölkerung, und deshalb wird sich die Einstellung der Wohnungsuchenden dem Wohnungsamt gegenüber nur dann ändern, wenn die Methode der Vergabe geändert wird. Die Einstufung der Wohnungslosen ist nicht mehr zeitgemäß. Es müßte eine Methode gefunden werden, die den Wohnungsuchenden das Gefühl gibt, bei der Vergabe auch wirklich einmal daranzukommen. Heute hat keiner dieses Gefühl, sondern er weiß, daß er eine Wohnung nicht auf Grund seiner Qualifikation, sondern nur durch einen Protektor erhalten kann. Vor allen dürfen die Auskunftsstellen in den Bezirksämtern nicht der verlängerte Arm einer Partei sein. Die Wohnungslosen werden auf der einen Seite von den Hausherren und Hausverwaltern erpreßt, auf der anderen Seite kommen sie in die Zwickmühle der politischen Parteien.

Die von StR.Koci mitgeteilte Verringerung der Anzahl der Notfälle ist nicht nur eine Folge der Besserung der Verhältnisse, sondern vielmehr ein administrativer Erfolg auf Grund einer Änderung der Qualifikationsmethode. So dürfen z.B. die Fürsorgestellen den Tuberkulosen keine Qualifikation für die Wohnungsbeerbung mehr geben, sodaß sich schon dadurch die Zahl der Notfälle verringert.

Der Redner kommt noch auf die Förderung des Siedlungs- und Kleingartenwesens zu sprechen, befürwortet die Belassung der den Grabeländlern zur Verfügung gestellten Pachtgründe und stellt abschließend drei Resolutionsanträge, und zwar 1. gegen den Wucher und Schwindel mit den sogenannten § 3-Aufbauwohnungen und den sogenannten Hausherrenvorschlägen, 2. gegen die bisherige Praxis des Wohnungsamtes bei der Vergebung von Wohnungen, mit der Forderung, daß Wohnungszuweisungen in Hinkunft ausschließlich nach dem Gesichtspunkte der Bedürftigkeit vorgenommen werden sollen, und 3. auf Förderung der Kleingartenbewegung und Unterstützung der Wiener Kleingärtner für wichtige Aufgaben der Stadtverwaltung.

Namens seiner Fraktion lehnt er die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe ab.

GR. Sajdik (ÖVP) verweist darauf, daß das von Stadtrat Koci erwähnte Absinken der Notstandsfälle, nur ein scheinbares sei. Man darf hier nämlich nicht vergessen, daß 3.400 Fälle aus Klasse I in Klasse II eingereiht wurden, da für diese Einreihungen nicht mehr die hohe Punkteanzahl allein ausschlaggebend ist, sondern auch verschiedene andere Voraussetzungen. Er bezeichnet es als bedauerlich, daß es nicht gelungen ist, die Zahl der in einsturz- oder gesundheitsgefährdeten Wohnungen untergebrachten Familien zu verringern. Auch die Zahl der durch Delogierung von Obdachlosigkeit Betroffenen konnte nicht gesenkt werden. Der Redner weist darauf hin, daß die Lösung des Wohnungsproblems durch Errichtung von Neubauten nur dann zu einem wirklichen Erfolg führen kann, wenn neben der Schaffung von neuem Wohnraum für die Erhaltung der Althäuser gesorgt wird. Die Ansätze für Neubauten wären um ein Weniges zugunsten der Ansätze für die Erhaltung des Althausbesitzes zu verringern. Der Redner verlangt auch, daß die Vergebung der Wohnungen nur nach der Dringlichkeit geschehen dürfe, ohne Berücksichtigung parteipolitischer Interessen. Die Allgemeinheit brächte dann dem Wohnungsproblem bestimmt mehr Verständnis entgegen, wenn sie wüßte, daß nur die dringlichsten Fälle berücksichtigt werden.

Er distanzieren sich von der Forderung des GR. Hauser, daß die erfolgten Wohnungseinweisungen listenmäßig der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden müßten, stelle jedoch den Resolutionsantrag, den Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses für Wohnungsangelegenheiten Gelegenheit zu geben, nach Besiedlung einer neuen Wohnhausanlage Einsicht in das Verzeichnis der eingewiesenen Mieter zu geben. Der Redner tritt sodann für eine bevorzugte Einreihung von jungen wohnungssuchenden Ehepaaren in die Klasse der Notstandsfälle ein und fordert den Bürgermeister auf, von seinem Ermächtigungsrecht im Wohnungsanforderungsgesetz für eine derartige Einreihung Gebrauch zu machen. In Anbetracht der Bedeutung von Ehe und Familie für Staat und Stadt ist es dringend notwendig, nicht nur für den Einzelnen sondern für den Bestand unseres Volkes diesen jungen Ehepaaren eine Wohnung zu geben. Es wurde während dieser Budgetverhandlungen oft auf die niedrigen Geburtenzahlen hingewiesen und Wien als eine sterbende Stadt bezeichnet. Die Zuweisung von Einzelräumen oder von im Zuge des Schnellbauprogrammes errichteten Wohnungen wäre nur eine provisorische Lösung und ist gerade für diese jungen Ehepaare abzulehnen. Eine weitere Forderung seiner Fraktion sei eine zweckmäßigere und gerechtere Lösung des Wohnungsproblems. Es dürfe nicht vorkommen, daß Leute aus Altgemeindebauten oder privaten Althäusern lediglich zur Verbesserung ihrer Wohnungsverhältnisse eine moderne Neubauwohnung erhalten. Er fordert daher Stadtrat Koci auf, einen solchen Wohnungswechsel nur dann zuzustimmen, wenn der um einen Wohnungswechsel ansuchende Wohnungswerber in Klasse I oder II eingereiht ist. Der Redner spricht dann über das Wohnungseigentum und sagt, Unabhängigkeit und Freiheit des Mieters wird in den Gemeindefhäusern nicht erreicht, wohl aber beim Wohnungseigentümer. Der Preis, der für den Grundanteil bezahlt werden muß, ist selten höher als die Kosten für die Instandsetzung einer auf anderem Weg erworbenen Wohnung. Die Zahlung des Mietzinses ist die Grundlage der von den Sozialisten so bekämpften Hausherrenrente. Der Wohnungseigentümer aber ist nur verpflichtet, die Rückzahlungsquote für die Tilgung der Hypothek zu entrichten. Das Wohnungseigentum spiegelt symbolhaft



die politische Haltung der ÖVP wider, die den Gedanken vertritt: Recht auf Eigentum! Dem entwurzelten Großstadtmenschen aber bildet sich im Wohnungseigentum die Möglichkeit, wieder das Zentrum zu schaffen, das er in seinem bäuerlichen Hof früher besaß. Der Redner nannte auch einige Zahlen über im Wohnungseigentum erworbene Wohnungen, die im Gegensatz zu den von Stadtrat Koci genannten stehen. Es wurden 532 Familien, die die alten Mieter waren, berücksichtigt. 682 Wohnungen haben beim Wohnungsamt vorgemerkte Wohnungsuchende erworben und damit das Wohnungsamt entlastet. 369 jungen Ehepaaren, von denen 60 bisher in getrennten Haushalt leben mußten, wurde gleichfalls durch das Wohnungseigentum geholfen. Der Redner teilte auch mit, daß von den im Wohnungseigentum erworbenen Wohnungen 1.400 von Arbeitern und Angestellten bezogen wurden, während nur ein kleiner Bruchteil Gewerbetreibende waren. Damit entkräftet sich der Vorwurf, das Wohnungseigentum stelle nur eine Lösung für Kapitalskräfte dar. Es gibt auch schon fortschrittliche Sozialisten, die den Wert des Wohnungseigentums erkannt haben.

Zum Abschluß seiner Ausführungen weist GR. Sajlik auf ein Problem hin, das endlich einmal gelöst werden müsse. Schon seit dem Jahre 1946 bemüht sich die Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Härten der 1945 im Zuge der Maßnahmen der Besatzungsmacht durchgeführten Möbelbeschlagnahmungen zu mildern. Die Volkspartei werde nicht aufhören zu mahnen, diesen jeden Rechtsempfinden widerstrebenden Zuständen ein Ende zu setzen und so eine politische Befriedung zu erreichen. Im übrigen gab der Redner die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Swoboda (SPÖ) wendet sich zunächst gegen die Redner des Linksblockes. Er sagte, in den bisher behandelten Verwaltungsgruppen haben die Redner der sogenannten Volksopposition versucht, die Leistungen der Gemeinde herunterzuzerren; so auch in der heute zur Debatte stehenden Gruppe. Man ist mit allem unzufrieden, was die Gemeinde macht. Aber nicht nur hier versucht man die Leistungen der Gemeinde herabzusetzen, sondern das ganze Jahr bemüht sich die Presse des Linksblockes, gehässig gegen die Gemeinde loszugehen.

Bei jedem Delogierungsfall soll die Gemeinde daran schuld sein (Zwischenrufe beim Linksblock.) Das sind Dinge über die man einmal sprechen muß! Die Ziffern, die Stadtrat Koci gebracht hat, zeigen die Leistung des Wohnungsamtes.

Zum Redner der ÖVP sagte GR. Swoboda, wenn er über die Protektion bei der Wohnungsvergebung gesprochen habe, so könnte man auch über die Praktik der Volkspartei bei der Wohnungsvergebung reden. Vielleicht könnten auch wir einmal der Öffentlichkeit zeigen, wie Sie sich die Vergabung der Wohnungen vorstellen. In Ihrem Büro in der Falkestraße (Landesparteileitung Wien der ÖVP) geht so manches vor!

Der Redner wirft dann die Frage auf, ob es überhaupt möglich ist, daß jemand hier Vorschläge für eine bessere Lösung der Wohnungsnot macht, wenn man sich auf der anderen Seite als Fanatiker des Wohnungseigentums bezeichnet, jene Einrichtung, von der man weiß, wieviele Mieter dadurch um ihr Optionsrecht gekommen sind; und dies nur deswegen, weil man es einem anderen gibt, der in die Briefftasche greifen und die Kosten zahlen kann. (Beifall bei den Sozialisten.)

Man müsse die Schwere der Arbeit dieser Verwaltungsgruppe anerkennen, und gerade die Gemeinderäte müßten Verständnis für die Schwierigkeiten haben. Heute aber im Gemeinderat über die Mietzinserhöhung zu reden und die Verwendung dieser Mittel zu kritisieren, sei nicht am Platze, denn über diese Fragen des modernen Mietrechtes werde der 22. Februar die Entscheidung bringen. (GR. Mühlhauser: Ihr wart ja dagegen, daß der Gemeinderat am 22. Februar gewählt wird!)

Zu der Kritik, daß sich bei den Wohnhäusern der Gemeinde ein Defizit von 3,1 Millionen ergebe, sei darauf hinzuweisen, daß nach 1934 und 1938 die Zinserträge ganz anderen Zwecken als der Hausinstandhaltung zugeführt wurden. Daher müßten heute Steuergelder noch beigeschossen werden.

Wir Sozialisten, erklärt GR. Swoboda abschließend, können stolz sein auf das, was unter den größten Schwierigkeiten geschaffen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Amtsführender Stadtrat Koci beantwortet hierauf die in der Debatte vorgebrachten Fragen und verweist u.a. darauf, daß eine Wiedereinführung der Mietscheine in der seinerzeitigen Form den

Hausherren noch mehr Möglichkeiten geben würde. Er sei auch nicht bereit Listen der beschlagnahmten Möbel anlegen zu lassen, denn die Benützer der Möbel würden überlaufen werden und der Vorwurf sich gegen die Gemeinde richten.

Über die Schmückung der Fenster bei Eröffnungsfeiern könne man den Mietern keine Vorschriften machen. Wir leben zum Glück in einem demokratischen Staat, wo es auch jedem Mieter freistehe, mit seinen Fenstern zu machen, was er wolle. Von der Gemeinde Wien werde das in keiner Weise beeinflusst.

Die Mieter in den Gemeindehäusern haben ein gutes Recht, daß ihre Häuser instandgesetzt werden. Da bisher die Mittel aus den Mietzinsen dazu nicht ausreichten, mußte die Gemeinde Steuermittel heranziehen. Es sei aber zu hoffen, daß die Instandhaltung in ein bis zwei Jahren aus den Zinsen getragen werden könne.

Zu der Kritik, daß das Wohnungsanforderungsgesetz in seiner jetzigen Form den Hausherren ermögliche, von den Wohnungssuchenden tausende Schillinge, zu verlangen, erklärt Stadtrat Koci, daß dies zwar stimme, er sich aber an die Gesetze halten müsse. Er habe die Novellierung des Wohnungsanforderungsgesetzes beantragt und könne nicht mehr tun. Die im Nationalrat beschlossenen Gesetze seien für ihn als Verwalter bindend.

Zu dem Vorwurf wegen der Delogierungen im Winter verweist der Redner auf das Ersuchen des Justizministers an die Gerichte. Da in Österreich die Gerichte unabhängig sind, könne der Justizminister die Richter nur ersuchen, von Delogierungen während der Wintermonate Abstand zu nehmen. Wie weit die Richter sich daran halten, hänge jeweils vom einzelnen Fall ab. Man möge es unterlassen, Erfolge in Wohnungsangelegenheiten in der Parteipresse als Erfolg einer bestimmten Partei herauszustellen, da sonst alle übrigen Wohnungssuchenden das Vertrauen in die Behörden verlieren müßten.

Bei aller Förderung des Siedlungs- und Kleingartenwesens müsse doch die Erntelandsbewegung, die während des Krieges überdimensioniert wurde, wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden. Man werde selbstverständlich bemüht sein, Leuten, die Kleingärtner bleiben wollen, Dauergärten zuzuweisen.

Der GR.Sajdik habe es sich in seiner Kritik leicht gemacht, da er keine Verantwortung zu tragen habe. Er, der Altsführende Stadtrat, sei glücklich, daß er zusätzlich noch die so kritisier-ten Kleinwohnungen zu vergeben habe. Man müsse im Bau- und Wohnungswesen immer das Motto vor Augen haben: "Wenn wir nicht mehr sein werden, werden doch die Steine für uns sprechen!" (Starker Beifall bei den Parteigenossen.) Von unseren heutigen Bemühungen und unserem heutigen Schaffen werden die Menschen auch dann noch sprechen, wenn wir alle nicht mehr sein werden. (Er-neuter Beifall bei der SPÖ.)

Der GR.Sajdik hat von "Freunderlwirtschaft und Protektion" gesprochen. Man vergißt aber, daß hier noch immer etwas gutzu-machen ist, was auf das Jahr 1934 zurückgeht, wo Menschen aus Gemeindegäusern hinausgeworfen wurden, weil sie für ihre demo-kratische Gesinnung eingetreten sind, und die jetzt wieder eine Wohnung verlangen. In diesen Fällen, betont der Stadtrat, bin ich stets bemüht, an diesen Leuten das gutzumachen, was an ihnen ver-brochen wurde. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Die Meinung, die Verringerung der Dringlichkeitsfälle der Klasse I sei durch eine Überstellung von Fällen in die Klasse II eingetreten, ist unrichtig. Die 1.818 Fälle der Klasse I sind tatsächlich durch Zuweisung erledigt worden.

Die Eigentumswohnungen sind keine Entlastung für das Wohnungsamt. Die ÖVP könne den Vorwurf, daß die Eigentumswohnungen nicht den Ausgebombten zukommen, sehr leicht widerlegen, indem sie beweist, daß in diese Eigentumswohnungen zu 75 Prozent Aus-gebombte und zu 25 Prozent junge Leute kommen, die durch Ehe-schließung Anspruch auf eine Wohnung haben. Dann werde ich nie mehr einen Einwand dagegen erheben, weil dann die Mittel aus dem Wiederaufbaufonds richtig für die Ausgebombten verwendet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Parteigenossen.)

Der Stadtrat beendet sein Schlußwort mit dem Ausdrucke der Hoffnung, es möge ihm gelingen, in der Öffentlichkeit den guten Ruf der Verwaltung der Stadt Wien im Wohnungsamt wieder her-zustellen. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Die Ansätze dieser Verwaltungsgruppe werden bei der Abstimmung mit den Stimmen der Mehrheitsparteien gegen die WdU und den Linksblock angenommen. Sämtliche Anträge, diejenigen des Linksblocks gegen dessen Stimmen, diejenigen der ÖVP gegen die Stimmen der ÖVP und der WdU werden abgelehnt.

Geehrte Redaktion!

=====

Nunmehr beginnen die Beratungen über die Ansätze der Geschäftsgruppe für Wirtschaftsangelegenheiten. Da die Sitzung bis in die Nachtstunden dauern wird, liefern wir den Bericht erst morgen vormittag in das "Korrespondenz-Büro".

Licht für zwei finstere Inseln Wiens

=====

19. Dezember (RK) Heute abend wurde in Anwesenheit von Vertretern des Bundes und der Gemeinde Wien die neue Beleuchtungsanlage des Helden- und Museumsplatzes in Betrieb genommen. Die Ansprachen, in denen der Genugtuung über das Zustandekommen dieses Projektes Ausdruck verliehen wurde, hielten Staatssekretär Bock und der Amtsführende Stadtrat für Bauangelegenheiten Thaller. Der Inbetriebnahme wohnten Vizebürgermeister Weinberger, Bezirksvorsteher Dr. Friesinger, die leitenden Beamten des Stadtbauamtes mit Stadtbaudirektor Dipl.Ing. Gundacker an der Spitze und viele Ehrengäste teil.

Vor dem zweiten Weltkrieg waren auf dem Heldenplatz und rings um die beiden Museen, wo heute moderne Straßenbeleuchtungskörper installiert sind, insgesamt 221 Gaslaternen in Betrieb. Diese alte Gasbeleuchtung, die nie als öffentliche Beleuchtung galt, sondern sozusagen zur Hausbeleuchtung der Burg gehörte, ist im zweiten Weltkrieg betriebsunfähig geworden. Eine Wiederinstandsetzung der Gasbeleuchtung kam aus technischen und wirtschaftlichen Erwägungen nicht in Frage. Die beiden grossen finsternen Inseln, die so inmitten der Stadt durch Ausfall der Beleuchtung entstanden, haben wenig zur Verschönerung des nächtlichen Wiens beigetragen. Nach langwierigen Verhandlungen

kam schließlich zwischen Bund und Gemeinde Wien ein Übereinkommen zustande, dem nun diese beiden historischen Plätze ihre moderne elektrische Beleuchtung verdanken. Der Bund hat nach dem elektrotechnischen Projekt der Stadt Wien die elektrische Beleuchtung installiert, die ab heute von der Stadt Wien betrieben und instandgehalten wird. Um die beiden Museen wurden 82 ganznäch-tige und 88 halbnächtigt geschaltete Glühlampen in Klarglaskugeln und auf dem Gitter vom Burgtheater bis zum Goethe-Denkmal 77 Glühlampen in stilgemäßen Laternen montiert. Auf dem Heldenplatz wurden 99 eigens angefertigte Kandelaber aufgestellt. Insgesamt wurden also 350 Glühlampen in Betrieb genommen, die nun diese bisher in Dunkel gehüllten Prunkplätze unserer Stadt in helles Licht tauchen.

Eine Dachgleichenfeier in Neuwaldegg  
=====

19. Dezember (RK7 Auf der Baustelle 17., Neuwaldegger Straße 19, wo die Stadt Wien seit Mai einen kleineren Wohnhausbau ausführt, wurde heute nachmittag von den Angehörigen der Baufirma Wodak die Dachgleiche gefeiert. Stadtrat Thaller war aus diesem Anlaß in Neuwaldegg erschienen, um den Bauarbeitern die Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen. Die Wohnhausanlage umfaßt vier Stiegenhäuser mit 48 Wohnungen verschiedener Typen. In einem der Stiegenhäuser wird auch ein Depot für die Straßenreinigung untergebracht.

### Die Wirtschaftsangelegenheiten der Stadtverwaltung

---

Die Verwaltungsgruppe IX: Wirtschaftsangelegenheiten, die als nächste zur Verhandlung kommt, leitet Stadtrat Bauer mit einem umfassenden Bericht ein. Diese Geschäftsgruppe steht mit Ausgaben von 222 Millionen im Voranschlag an fünfter Stelle. Das Beschaffungsamt, das dieser Gruppe untersteht, konnte unter den großen und vielseitigen Anforderungen auch die Brennstoffanforderungen der Verbrauchsstellen im Jahre 1952 restlos befriedigen. Die Anlieferung von Heizöl deckte völlig den gesteigerten Bedarf. Der Gesamtumsatz an Kohle betrug über 108.000 Tonnen. Die Anforderungen der Volks-, Haupt- und Sonderschulen konnten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kredite größtenteils erfüllt werden.

Die Verwaltung der Volks-, Haupt- und Sonderschulen kann ebenfalls mit Stolz darauf hinweisen, daß es im Jahre 1952 wieder um ein Stück vorwärts ging. Sie verwaltet derzeit 428 Schulgebäude, einschließlich der 83 in den Randgemeinden und 2 Bauplätze. 387 davon dienen dem Unterricht, 3 sind von den Alliierten besetzt, 3 werden als Flüchtlingslager verwendet, 12 dienen verschiedenen anderen Zwecken und 23 sind unbenützt. In mittelbarer Verwaltung stehen 14 Schulgebäude, die dem Bund für Mittelschulzwecke überlassen sind. In treuhändiger Verwaltung steht 1 Schulgebäude. Außerdem sind 18 Mietobjekte für Unterrichtszwecke herangezogen. Der Schülerstand ist gegenüber dem Schuljahr 1951/52 um 0.6 Prozent gesunken, es ist zwar eine starke Vermehrung der Hauptschüler, jedoch eine Abnahme der Volksschüler zu verzeichnen. Durch Kriegsschadenbehebung wurden 1952 rund 225 und durch Neubauten 18 Klassen gewonnen. Im kommenden Jahr ist die Kriegsschadenbehebung an 10 Schulgebäuden mit 158 Klassen und 1 Turnsaal geplant. Ein Schulneubau ist in Ebling geplant, ein Zubau in Kagran und je ein Schulpavillon in Kapellerfeld und Rodaun. Der Wechselunterricht konnte gegenüber dem Stand vom 1. Oktober 1951 von 17.9 Prozent auf 8.5 Prozent mit 1. Oktober 1952 gesenkt werden.

Die Zahl der Berufsschulen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch Zusammenlegungen auf 33 vermindert. Erstmals wird

in diesem Schuljahr im Rahmen der Berufsschule für Gastgewerbe und Fleischer eine Fachsonderklasse für Kellner eingerichtet. Erfreulich ist, daß nun auch die letzten Kriegeschäden an der I. Zentralberufsschule in der Mollardgasse beseitigt sind.

Größere Ausgaben ergaben sich durch die notwendige Übersiedlung der kaufmännischen Berufsschulen Semperstraße und der Berufsschule für Bäcker und Zuckerbäcker in der Schützengasse. Für die Schulgemeinde der Wiener Berufsschulen sind 70.000 Schilling Subvention, und um bedürftigen Berufsschülern die Teilnahme an Exkursionen zu ermöglichen 25.000 Schilling vorgesehen. Die Lehranstalten für hauswirtschaftliche und gewerbliche Frauenberufe haben zum Teil eine rückläufige Bewegung. Die Meisterinnenschule für Damenkleidermachen in der Sperrgasse mußte wegen zu geringer Schülerzahl geschlossen werden. Für die Generalinstandsetzung der gewerblichen Lehranstalt in der Sperrgasse sind 100.000 Schilling veranschlagt. Die Rückstellung der drei Handelsakademiegebäude und der darin untergebrachten Schulen an die Handelskammer konnte auch heuer nicht abgeschlossen werden.

Das Liegenschaftsamt hat die Erwerbung von Liegenschaften für die Verwirklichung der Pläne der Stadt Wien auf dem Gebiete des Wohnungs- und Siedlungswesen, für die Schaffung von Grünflächen und Sportplätzen, für die Erweiterung von Friedhöfen usw. geeigneten Grundbesitz zu schaffen zur Aufgabe. Ihm obliegt auch die Behandlung von Ansuchen um Rückstellung von Liegenschaften, die in der Zeit vom März 1938 bis zum Kriegsende von der Stadt Wien erworben wurden und Stellung der entsprechenden Ansuchen bei Liegenschaften, die der Stadt Wien in diesem Zeitraum entzogen wurden. Bei den Rückstellungen ist zu beachten, daß die Stadt Wien oft nicht den seinerzeit bezahlten Kaufpreis zurückerhält, weil der geschädigte Eigentümer nur das zurückzurückstellen hat, was er seinerzeit zur freien Verfügung erhalten hat, damals aber der größere Teil des Kaufpreises auf Sperrkonten gelegt und nicht mehr ausbezahlt wurde.



Die Rückstellungsanträge zu Gunsten der Stadt Wien hatten bisher wenig Erfolg, weil es sich dabei vorwiegend um Deutsches Eigentum handelt, dessen Freigabe noch nicht geklärt ist und nach der Spruchpraxis der Gerichte und Verwaltungstellen der Standpunkt vertreten wird, die Stadt Wien sei in der nationalsozialistischen Ära nicht unter politischem Druck gestanden und könne sich daher auch nicht auf Zwang bei Durchführung von Grundtransaktionen mit Erfolg berufen. Der Referent spricht sodann von den Schwierigkeiten der Gemeinde Wien, geeignete Grundstücke für ihre Bauzwecke zu kaufen oder gegen andere zu tauschen.

Auf zwei Objekte müsse auch hingewiesen werden, deren Kriegsschäden noch immer nicht behoben wurden, und zwar auf das Schloßhotel Kobenzl und das ehemalige Kaffeerestaurant Türken-schanzpark. Hier müßte durch die Initiative der Stadt Wien Abhilfe geschaffen werden.

Der Referent wies auch auf die Bedeutung des Landes Wien für die Landwirtschaft hin. Man läßt sich leicht durch den großstädtischen Charakter Wiens dazu verleiten, die Bedeutung der Wiener Landwirtschaft zu unterschätzen. Die amtlichen Angaben lassen ein anderes nur den landwirtschaftlichen Fachleuten bekanntes Wien hervortreten. Im Lande Wien gibt es 8.710 land- und forstwirtschaftliche Betriebe, von denen rund 64.600 ha Boden landwirtschaftlich und 27.500 ha forstwirtschaftlich genutzt werden. Das sind 75 Prozent der Gesamtfläche von Wien. Der größte Teil der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfällt auf Ackerland. Es ist annähernd so groß wie das Ackerland in Salzburg und Tirol zusammen und achtzehnmal größer als das in Vorarlberg. Auch die Leistungen der Wiener Landwirtschaft sind beachtlich. Die Weizenernte ist doppelt so hoch wie in Salzburg und Tirol zusammen. Die Roggenernte gleich hoch wie in Salzburg, Tirol und Vorarlberg zusammen. Die durchschnittliche Milcherzeugung von 1.760 kg pro Kuh im Jahr liegt über der durchschnittlichen gesamtösterreichischen Jahreserzeugung. In der Wiener Land- und Forstwirtschaft fanden 33.918 Personen Beschäftigung.

Der Referent erwähnte auch die Gunpoldskirchner Wein- und Obstbauschule, die wesentlich dazu beiträgt, den Namen dieses Weinortes in aller Welt bekannt zu machen. Mit ERP-Mitteln konnten heuer die Kriegsschäden endgültig behoben werden.

Ein umfangreiches Tätigkeitsgebiet hat das Marktamt der Stadt Wien. Es umfaßt gegenwärtig 25 Dienststellen und das Sonderreferat Landesernährungsamt. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf 45 Marktobjekte. Bei der Einhebung der mit 1. August 1951 erhöhten Marktgebühren ergaben sich keine Schwierigkeiten. Sie wissen dadurch, daß in der Beschickung mit Vieh keine Unterbrechung eintrat, eine verhältnismäßig günstige Entwicklung auf.

Das Marktamt der Stadt Wien wendet der Marktbeobachtung und der Importkontrolle besonderes Augenmerk zu. Die Viehmärkte waren meist gut beschickt. Die Preise gingen bei Rindern und Kälbern stark zurück. Auch bei Schweinen ließen die Preise nach.

Das Marktamt hat im laufenden Jahr 40.000 Preisüberprüfungen durchgeführt. In 2.300 Fällen mußten Beanstandungen erfolgen, das sind 5 Prozent. Zur lebensmittelpolizeilichen Überwachung wurden 32.100 Proben entnommen.

Im Landesernährungsamt sind derzeit nur mehr 16 Beschäftigte.

Auch die gewerbepolizeiliche Überwachung obliegt dem Marktamt, ebenso die Überprüfung der Eichung und die Überwachung naturgeschützter Pflanzen.

Dem Veterinäramt der Stadt Wien unterstehen die Schlachthöfe in St. Marx, die Kontumazanlage und die Tierkörperverwertungsanstalt. Die Beseitigung der Kriegeschäden an den Schlachthöfen, an deren Behebung seit 1945 gearbeitet wird, kann im kommenden Jahr im wesentlichen abgeschlossen werden. Die Kosten des gesamten Wiederaufbaues werden 26 Millionen betragen.

Zum Abschluß seines eingehenden Berichtes dankte Stadtrat Bauer allen Beamten und Arbeitern seiner Geschäftsgruppe sowie den Mitgliedern des Ausschusses für ihre vertrauensvolle Mitarbeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Dr. Soswinski (LBL.) übt in seinen Ausführungen Kritik an Wiener Schulleben und führt eine Reihe von Übelständen an. Es gibt in den Schulen keine Farbstifte; Atlanten sind nur für je zwei Schüler vorhanden. In der Schule Hirschstetten gibt es zwar einen Chemie- und Zeichensaal, aber beide Säle sind durch Klassen belegt. Besonders schlecht sieht es mit den Turnsälen aus. Durch den Mangel an Lehrern werden bei Erkrankungen keine Ersatzkräfte zur Verfügung gestellt. Renovierungen an Schulen werden nicht in den Ferien durchgeführt, sondern "wie die Finanzlage es erlaubt". Der Redner bemängelt auch die Überfüllung der Klassen und gibt dafür einige Beispiele. In einer Klasse seien 43 Schüler untergebracht worden.

In diesem Zusammenhang bringt der Redner einen Antrag ein, wonach der Gemeinderat alle zuständigen Stellen der Stadtverwaltung beauftragen soll, für die Errichtung der notwendigen Schulbauten Sorge zu tragen und die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Als besonders notwendig wird die Errichtung einer Schule in 13. Bezirk für die Kinder der Siedlung "Sat" und "Friedensstadt" sowie in der Gegend des "Breitner-Hofes" in 14. Bezirk bezeichnet.

Bei dem durch die wirtschaftliche Situation bedingten Rückgang an Lehrstellen ist es klar, daß die Berufsschulen verdorren. Dabei ist es unverständlich, daß man bei den Berufsschulen noch zu sparen beginnt, anstatt das Inventar zu modernisieren. Es müßten zumindest jene Jugendlichen, die noch das Glück haben, einen Beruf erlernen zu können, die notwendigen Mittel an die Hand bekommen, um vollwertige Fachkräfte zu werden. Es ist zu bedenken, daß junge Menschen, die keine Lehrstelle bekommen, in Zukunft nicht in der Lage sind, sich eine Existenz zu schaffen. Die Frage könnte überhaupt nur durch Lehrwerkstätten gelöst werden. Und wenn der Magnesit-Lauda in Anbetracht der Wahlen Reden hält und von der Schaffung von 10.000 Lehrstellen spricht, solle man das in das Reich der Fabel verweisen.

Unsere Wirtschaft ist aus einer sogenannten Vollbeschäftigung wieder in eine Zeit der Krise eingetreten. Entscheidend ist, daß nichts unternommen wurde, die Wirtschaftspolitik in Österreich grundlegend zu ändern. Das entscheidende Hilfsmittel zu einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt wäre der Ausbau des Osthandels. Wenn angeführt wird, man hätte an sich nichts gegen den Osthandel, die besonderen Schwierigkeiten liegen aber in den überhöhten Preisen der Oststaaten, ist darauf zu erwidern, daß die Preise, die Österreich von diesen Ländern verlangt, um 30 und 50 Prozent höher sind und daher auch die Preise, die wir für Getreide usw. bezahlen müssen, um 20, 25 und 30 Prozent höher sind. Die breite Masse interessiert es aber nicht, ob man für Magnesit, Zellwolle, Roheisen und Stickstoff um 20, 30, 50 und 80 Prozent mehr bekommt, sondern daran, daß die Preise, die sie bezahlen muß, gesenkt werden. Wenn wir nach den Oststaaten teurer liefern, müssen wir natürlich auch teurer bezahlen. Und wenn jetzt ein Handel nach dem anderen zum Stillstand kommt, ist es nicht so, daß Herr Lauda weniger verdient, sondern die Folge ist, daß zehntausende Arbeiter in diesem Lande keine Beschäftigung finden. Man redet zwar bei uns vom Osthandel, geht aber an der Tatsache vorüber, daß wir von den 700 Millionen Menschen, die heute den Osten bewohnen, nur mit 100 Millionen eine Handelsvertragsbindung haben.

Wenn ein Ressort, das nicht nur einzukaufen hat, sondern letzten Endes wirtschaftlich verantwortlich ist für das Wohl und Wehe der arbeitenden Menschen, seine Aufgabe nicht lösen kann, dann ist es selbstverständlich, daß der Linksblock den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe seine Zustimmung nicht geben kann.

Dr. Ing. Hengl (ÖVP) würdigt die schwierige Arbeit der Beamten des Beschaffungsamtes. Bei der Arbeit dieses Amtes zeige sich deutlich der Einfluß der Stabilisierungspolitik des Finanzministers und der Erfolg der Preissenkungsaktion.

Im Schulwesen wurden bedauerlicherweise vom Finanzreferenten bei den baulichen Herstellungen ein Drittel, bei den Inventarnachschaftungen ein Viertel gekürzt. Auch bei der Kriegsschadensbehebung können leider nicht alle Schulen instandgesetzt werden.

Der Wechselunterricht konnte auf 8 Prozent reduziert werden. Noch immer sind 3 Schulen von Alliierten besetzt. Der Ruf "Gebt endlich unsere Schulen frei!" muß auch heute wiederholt werden. (Lebhafte Zustimmung)

Die Lehrerschaft bemüht sich, den Anforderungen des modernen Unterrichtes gerecht zu werden. Dies zeigt der Besuch des Pädagogischen Institutes und der anderen Bildungsveranstaltungen. Erfreulicherweise ist auch bereits eine Leistungssteigerung festzustellen. Wünschenswert wäre es, wenn das Pädagogische Institut in größere und würdigere Räume verlegt und die Pädagogische Zentralbücherei mit dem Institut räumlich vereinigt werden könnte. Redner dankt unter dem Beifall des Gemeinderates der Wiener Lehrerschaft für ihr pflichteifriges Bemühen um die geistige, körperliche und seelische Ertüchtigung der Jugend, und den Eltern für ihr Bemühen um ein klagloses Zusammenarbeiten zwischen Schule und Haus.

Bei Grunderwerbungen und Grundtuschen sollten die Verkäufer möglichst bald den Kaufschilling ausbezahlt erhalten.

Grundsätzlich erklärt er namens der Volkspartei, daß diese zwar die Enteignung nicht in allen Fällen ablehne, daß sie aber nur dann angewendet werden solle, wenn tatsächlich das öffentliche Interesse das Einzelinteresse überwiege. Keineswegs dürfe es vorkommen, daß bei vorhandener Bauwilligkeit des Privaten schließlich doch die Enteignung durch ein Rechenkunststück durchgeführt wird.

Redner regt zur Förderung der Vollbeschäftigung die Schaffung einer Investitionsbegünstigung bei der Getränkesteuer an, um allen der Getränkesteuer unterliegenden Betrieben die notwendigen Modernisierungen zu ermöglichen und damit auch ihre Konkurrenzfähigkeit für den Fremdenverkehr herzustellen. Er stellt den Antrag, dem Landtag ehestens einen Gesetzentwurf über eine 20prozentige Investitionsbegünstigung bei der Getränkesteuer vorzulegen.

An die Ausführung der Stadtrates Mandl anknüpfend, der erklärt hat, er wäre glücklich, wenn in den Theatern ein ebenso starker Besuch wie bei den Heurigen und Weinlokalen festzustellen wäre, erklärt Dr. Hengl: Leider gilt dieser so starke Besuch nur für wenige Betriebe und auch bei diesen nur für Samstag. Ich möchte hiezu feststellen, daß sich Heurigenschenker und Gastwirte befleißigen, die alkoholischen Getränke unter strenger Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften abzugeben. Ihre Schankstätten stellen keine Spelunken dar. Der Wiener Weinbau gehört zu Wien und trägt zur Hebung des Fremdanverkehrs bei. Er war auch die Ursache, daß manche Schöpfungen von Weltruf im Wiener Weinland entstanden sind.

Wünschenswert wäre es auch, wenn endlich das Schloß Cobenzl eine neue Verwendungsform finden würde. Im einzelnen beklagt er die Benachteiligung und ungenügende Unterstützung der Landwirtschaft in Wien und die Ablehnung der von der Landwirtschaftskammer angesprochenen Subventionsbeträge.

Wien hat noch immer kein modernes Tierzucht- und Körungsgesetz. Es besitzt als einziges Bundesland keine Agrarbehörde. Ich bedauere sehr, betont der Redner, daß sich die Gemeinde Wien ihrer Verpflichtung für die Wiener Landwirtschaft nicht bewußt ist und dadurch die Abneigung gegen Wien in den Randgemeinden ständig zunimmt. Es ist zu hoffen, daß sich diese ablehnende Stellungnahme doch endlich ändert und das Ausführungsgesetz zum landwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetz rechtzeitig beschlossen wird.

Er ersucht den Finanzreferenten, den Ankauf eines der Gemeinde Wien angebotenen Anwesens in Gumpoldskirchen für die Errichtung des so notwendigen Schülerinternates der Weinbauschule Gumpoldskirchen zu ermöglichen.

Mit Genugtuung ist festzustellen, daß die Wiener Märkte gut beschickt sind, daß die Fleischmisere der Vergangenheit angehört und sogar ein starkes Zurückgehen der Viehpreise festzustellen ist. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß die englische Besatzungsmacht St. Marx gänzlich geräumt und damit für die anderen Besatzungsmächte ein nachahmenswertes Beispiel geboten hat.

Auf Grund der Arbeiten des Amtsführenden Stadtrates dankt er diesem bestens für seine Arbeiten und versichert ihn der Zustimmung seiner Fraktion zu den Ansätzen dieser Gruppe. (Beifall der ÖVP.)

GR. Fürstenhofer (SPÖ) appelliert an den Amtsführenden Stadtrat, Aufträge des Beschaffungsamtes vor allem in Wien zu vergeben. Die städtische Bäckerei könnte weiter ausgebaut werden, wenn sämtliche Anstalten der Gemeinde von ihr beliefert würden. So wird, wie Redner erklärt, zum Beispiel Steinhof von einer privaten Bäckerei beliefert, was wiederholt zu Beanstandungen führe. Man sollte die Kapazität dieser Bäckerei auch mehr zur Ausbildung der Lehrlinge benützen.

Das Liegenschaftsamt sollte verpflichtet werden, bei den Bau von Gebäuden auf städtischen Grundstücken ein Baurecht zu bestellen. Es sei schwer, wenn Siedler auf städtischen Grundstücken dem sozialen Wohnhausbau weichen müßten, doch sei dem Finanzreferenten Dank dafür zu sagen, daß er durch die Respektierung der Gesetzesbestimmung auf Bereitstellung von Ersatzgrund solchen Maßnahmen die soziale Note gebe. Redner schließt sich der Forderung an, bei Grundkäufen den Kaufpreis möglichst bald auszuzahlen. Der Redner weist sodann auf die ihm nicht verständliche Tatsache hin, daß durch die Industrie an die Landwirtschaft Maschinen geliefert werden, bei denen vielfach Schutzvorrichtungen fehlen. Diese Tatsache wurde durch die landwirtschaftlichen Inspektoren immer wieder festgestellt. Er bitte Gemeinderat Hengl seinen Einfluß auf die Industrie geltend zu machen, damit diese Mißstände abgeschafft würden. Gemeinderat Fürstenhofer fordert sodann eine Vertretung der kleinen Bauern und Wirtschaftler in der Landwirtschaftskammer, und zwar in einer für Wien und nicht für Niederösterreich.

Es dürfe nicht vergessen werden auf die Arbeit der Fischereiverbände hinzuweisen, die alles unternommen haben, um die Fische in unseren Gewässern wieder anzusetzen. In ein bis zwei Jahren werden wir wahrscheinlich in der Versorgung mit Süßwasserfischen vom Ausland unabhängig sein.

Zu bedauern sei, daß sich die Gumpoldskirchner Obst- und Weinbauschule lediglich mit dem Weinbau befasse. Er bittet Stadtrat Bauer dem Gedanken des Obstbaues und der Schulung auf diesem Gebiet in der Obstbauschule in Gumpoldskirchen besonderes Augenmerk zuzuwenden, damit diese eine wirkliche Obst- und Weinbauschule sei.

Der Redner gibt auch zu bedenken, ob die Marktanlage in St. Marx nicht für unsere Stadt zu groß sei. Diese Marktanlage wurde in der Monarchie errichtet, in einem 52 Millionenstaat, und soll nun in demselben Ausmaß wieder aufgebaut werden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß der Markt und die sonstigen Einrichtungen in St. Marx auf den wirklichen Wiener Bedarf zurückgeschraubt werden.

Seine Fraktion werde für die Ansätze dieser Gruppe stimmen, weil ihr klar ist, daß die Millionen, die in dieser Geschäftsgruppe aufgewendet werden, den Wienern Arbeit und dem Gewerbe Beschäftigung bringen.

Stadtrat Bauer erklärt in seinem Schlußwort zur Kritik des GR. Dr. Soswinski an den Schulen, daß diese Kritik gemessen an den 4.500 Klassen, die von seiner Gruppe verwaltet werden, als keine Kritik bezeichnet werden könne.

Zu der Kritik von Dr. Soswinski wegen der Atlanten sagt der Referent, daß in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossen wurde, die Atlanten neu aufzulegen, aber es dürfte Dr. Soswinski entgangen sein, daß zur Neuauflage die Zustimmung der Besatzungsmächte notwendig ist.

Die Schulhefte sind in Ordnung und es kann sich bei dieser Kritik nur um eine Einzelercheinung handeln.

Welche Schulen wieder errichtet werden oder neu gebaut werden, wird sich in nächster Zeit erweisen.

Die Berufsschulen haben alle benötigten Erfordernisse.

Über den Ausbau des Osthandels möge Dr. Soswinski einmal mit dem Handelsminister sprechen.

Zu den Ausführungen von Dr. Hengl über die Zusammenlegung der pädagogischen Zentralbücherei mit den Unterrichtsräumen, sagt Stadtrat Bauer, dies werde sich in den nächsten Jahren machen lassen.



Gelder für verkaufte Grundstücke werden, wenn es von vornherein verlangt wird, sofort ausgezahlt.

Bei der Absiedlung von Gärtnern werde immer versucht, Ersatzgründe zu schaffen.

StR.Bauer unterstreicht auch die Notwendigkeit der Schaffung eines Lebensmittelgroßmarktes.

Zu den Ausführungen von GR.Fürstenhofer sagt der Referent, daß man immer Wiener Firmen für Aufträge herangezogen hat, jedoch dann nicht, wenn es sich um schlechtere Qualität oder abnormal hohe Preise gehandelt habe.

Der Referent versichert ferner, daß man alles tun wolle, um die Ausbildung der Bäckerlehrlinge zu sichern.

Was das Liegenschaftsamt tun kann, geschieht, um Bauführungen ohne Zustimmung zu verhindern.

Zum Schluß ersucht der Referent, den Antrag Dr.Soswinski abzulehnen, den Antrag Dr.Hengl der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuzuweisen und bittet ferner die Ansätze der Geschäftsgruppe IX zu genehmigen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze des IX. Hauptstückes ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen. Die beiden Anträge werden gegen die Stimme des Linksblockes bzw. der Volkspartei abgelehnt.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, unterbricht hierauf die Beratungen über den Voranschlag um 21,10 Uhr. Die Budgetverhandlungen werden morgen, Samstag, um 9 Uhr, mit dem Referat von StR.Afritsch über Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten fortgesetzt.